

Deutscher Gehörlosen-Verlag e.K.
Kerstin Reiner-Berthold
Postfach 11 42
78103 St. Georgen

1) Wie schnell wird die UN-Konvention im Sinne von Inklusion umgesetzt werden?

Hoffentlich so schnell es geht. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterschrieben und wir verpflichten uns den darin enthaltenen Zielen, Menschen mit Behinderung in das soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben vollständig einzubeziehen.

Die Piratenpartei Deutschland unterstützt den Entwurf des Forums behinderter Juristinnen und Juristen zum „Gesetz zur Sozialen Teilhabe und zur Änderung des SGB IX und anderer Gesetze“ zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

2) Ist in der neuen Regierung geplant, ein spezielles Inklusionsbudget für den Bedarf von Menschen mit Behinderungen bereitzustellen? Wer profitiert davon?

Zwar ist noch nicht klar, wer der neuen Bundesregierung angehört. Dennoch sind wir der Meinung, dass gerade auch durch die anstehende Einführung von schulischer Inklusion und deren Ausweitung erhebliche Aufwendungen auf die Länder und Kommunen zukommen. Es ist fraglich, inwiefern alle Bundesländer zur Bewältigung dieser Aufgabe in der Lage sind. Auch reicht es nicht, einfach nur Anforderungen in verschiedenen Bereichen, die mit Inklusion und Barrierefreiheit zu tun haben, zu erhöhen. Hier muss dem jeweiligen Bereich auch eine Förderung zukommen.

Unsere baden-württembergische Listenkandidatin Julia Probst, die selbst gehörlos ist, sagt dazu:
"Wir wollen, dass mit UNS über uns geredet wird. Menschen mit Behinderungen wissen am besten, was sie brauchen. Hier wollen wir erreichen, dass es in der Politik mehrmals im Jahr einen Dialog gibt zwischen der Politik und Menschen mit Behinderungen."

3) Sollte der Staat die Kostensicherung der Inklusion an die Unternehmen bzw. den freien Markt weitergeben und diesbezüglich Gesetze ändern? Dafür könnte der Staat selbst jährliche Auszeichnungen für Innovationen in Bezug auf Barrierefreiheit vergeben.

Eine konkrete Beschlusslage gibt es zu diesem Punkt nicht. Constantin Grosch, der für die Piraten im Kreisrat Hameln sitzt, sagt als Betroffener: *"Wenn gemeint ist, dass Unternehmen die Kosten zur z.B. Herstellung von Barrierefreiheit tragen sollen, ist dies abzulehnen. Dies würde ein weiteres Argument für Unternehmen sein, behinderte Menschen nicht einzustellen."* Ob dies durch einen Innovationspreis in Bezug auf Barrierefreiheit zu heilen ist, lässt sich nicht abschätzen. Vielmehr könnte eine Lösung sein, die Übererfüllung von Vorschriften zur Barrierefreiheit zum Bestandteil von öffentlichen Ausschreibungen zu machen.

Julia Probst betont, wie wichtig auch in diesem Bereich der Transparenzgedanke ist: *"Was ich mir gut vorstellen könnte, wäre eine öffentliche Liste mit den Angaben, wie viele Menschen mit Schwerbehinderungen ein Unternehmen beschäftigt. Erfüllt ein Unternehmen die 5%-Quote, so könnte man es mit einem Preis auszeichnen. Ich denke da an so ein Siegel wie "Inklusives Unternehmen". Ich denke, dass dies ein Vorbildcharakter für die Unternehmen haben könnte. Des*

weiteren finde ich, dass man die Ausgleichsangabe ruhig höher ansetzen kann, damit es den Unternehmen wehtut, die keine Schwerbehinderten einstellen wollen."

4) Wollen Sie das Teilhabegeld einführen und welche Bedenken haben Sie dazu?

Hierzu sagt Constantin Grosch: "Generell fallen für Menschen mit Behinderungen höhere Kosten an, die bisher nicht von Kostenträgern übernommen werden können und wohl auch schwer gesetzlich geregelt werden können, da dies zu individuell und spezifisch ist. Zudem würde man damit einen riesigen bürokratischen Apparat schaffen, wenn dies jeweils kontrolliert werden müsste. Daher ist ein Teilhabegeld als positiv anzusehen."

5) Wann wird es einen 24/7 barrierefreien Notfall- und Vermittlungsdienst (vgl. Amerika) geben?

Hierzu erklärt Julia Probst: "Als gehörlose Bundestagskandidatin setze ich mich für die schnellstmögliche Umsetzung eines barrierefreien Notfall- und Vermittlungsdienstes ein, der 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche zur Verfügung steht."

Des Weiteren fordern wir, dass in allen Notrufleitstellen psychiatrisch geschultes Personal eingesetzt wird, um kurzfristige Krisenintervention in psychischen Krisen zu ermöglichen.

6) Sollen alle Behörden, Krankenhäuser, Frauenhäuser und andere wichtige Dienstleister schnell und ohne komplizierten Papierkrieg auf Gebärdensprachdolmetscher zugreifen können und die Kosten würden automatisch durch neue Finanzierungsstrukturen übernommen?

In Bayern gibt es es bisher das einzigartige Modell, dass die Gebärdensprachdolmetscher bei einem Notfall flächendeckend unter einer Notfallnummer von 17 bis 8 Uhr morgens erreichbar sind. "Es wäre gut und sehr wichtig für uns Gehörlose, wenn dieses Modell für ganz Deutschland verfügbar ist", sagt Julia Probst, "denn davon profitieren nicht nur Gehörlose, sondern auch das hörende Umfeld, weil Kommunikationsprobleme damit abgebaut werden."

Diese Notfallnummer gibt es erst seit dem 02. April 2013 in Bayern. Erfahrungswerte gibt es also noch nicht, aber es ist klar, dass das die Anforderung eines Gebärdensprachdolmetschers im Notfall schlagartig vereinfacht wurde.

7) Wie wollen Sie die schulische Bildung umstrukturieren, so dass jeder die Gebärdensprache entweder als Muttersprache oder als Fremdsprache erlernen kann?

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass alle Schulen und Lernorte eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung an Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstige Hilfsmittel für jedes Kind verfügen.

"Inklusion funktioniert nicht nur in eine Richtung. Daher ist es uns ein großes Anliegen die deutsche Gebärdensprache auch im Rahmen der Fremdsprachen-Ausbildung an Schulen anzubieten oder wenigstens als freiwillige Arbeitsgruppe. In Schwerhörigen- und Gehörlosenschulen müssen noch existierende Lücken in den Lehrplänen geschlossen und die

deutsche Gebärdensprache als Pflichtfach eingeführt werden", erklärt Stephan Schurig, Bundestagskandidat in Sachsen-Anhalt.

Hier erklärt Julia Probst, gehörlose Bundestagskandidatin der Piraten: "Ich bin dafür, dass es für die Studenten der Gehörlosenpädagogik Pflicht wird, die Gebärdensprache zu lernen und am Ende des Studiums eine verpflichtende Prüfung zum Nachweis des Kenntnisstandes der Gebärdensprache abgelegt werden muss."

Die Deutsche Gebärdensprache ist im Sozialgesetzbuch IX anerkannt. Wird sie demnächst auch im Grundgesetz verankert sein?

Unser aktueller Stand der Diskussion ist, dass wir die Deutsche Gebärdensprache als zweite Amtssprache neben der deutschen Sprache im Gesetz festschreiben wollen, damit die Rechte der Gehörlosen leichter und besser eingefordert werden können. Länder wie Island oder Neuseeland dienen dabei als Vorbild.

8) Wann werden alle Sitzungen im Parlament, im Bundestag, im Landtag etc. im Sinne von politischer Teilhabe in Gebärdensprache übersetzt werden?

Sobald wir eine Bundestagsfraktion stellen, werden wir alle Informationen so schnell wie möglich barrierefrei zur Verfügung stellen. Mit Julia Probst wird sogar die erste Gehörlose im Deutschen Bundestag vertreten sein, auf deren Erfahrungen wir zurückgreifen können. Durch ihre Anwesenheit wird die Politik gezwungen sein, alle Sitzungen mit Gebärdensprache und Untertiteln barrierefrei anzubieten. Weitere Möglichkeiten sehen wir in Veröffentlichungen in Leichter Sprache, Gebärdensprache und in anderen Sprachen neben Deutsch.